

In der Senatssitzung am 17. Dezember 2024 beschlossene Fassung

Senator für Finanzen

Senatskanzlei

05.12.2024

Vorlage für die Sitzung des Senats am 17.12.2024

Bericht zur Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

A. Problem

In seiner Sitzung vom 18.06.2024 beschloss der Senat der Freien Hansestadt Bremen die Einsetzung einer Staatsrät:innenlenkungsgruppe zum Thema Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung (Lenku VD).

Der Lenku VD auf Ebene der Staatsrätinnen und Staatsräte gehören die folgenden Ressorts an:

- Der Senator für Finanzen
 - Die Senatskanzlei
 - Der Senator für Inneres und Sport
 - Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung
 - Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
 - Die Senatorin für Justiz und Verfassung
 - Die Senatorin für Kinder und Bildung
- sowie der Magistrat Bremerhaven.

Die Federführung für die Lenkungsgruppe wird vom Senator für Finanzen (SF) und der Senatskanzlei (SK) gemeinsam wahrgenommen.

Mit der Einsetzung bat der Senat die Lenkungsgruppe, ihn über die identifizierten Schwerpunktprojekte und das geplante Berichtswesen zu unterrichten.

B. Lösung

Die Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung widmet sich folgenden Schwerpunktprojekten bzw. – programmen:

1.) Digitales Bürger:innenamt

Unter diesem Begriff aus dem Koalitionsvertrag sind eine Fülle verschiedener Projekte/Maßnahmen zu verstehen, die insgesamt den digitalen Bürger:innenservice der Freien Hansestadt Bremen (FHB) modernisieren, bündeln und besser kommunizieren sollen.

Darunter fallen:

- Modernisierung des Bremer Serviceportals. Die technische Infrastruktur soll auf verschiedenen Ebenen verbessert werden, damit das bereits bestehende Serviceportal zu einem „Single Point of Contact“ etabliert werden kann. Bremer Bürger:innen sollen auf dem Serviceportal alle digitalen Leistungen der Fachressorts finden und benutzer:innenfreundlich auch rasch und unkompliziert nutzen können.
- Wichtiger Bestandteil des Serviceportals ist die Bereitstellung der BundID. Technisch ist dies von Seiten des Senators für Finanzen bereits möglich, allerdings kann der Bund noch nicht alle gewünschten Funktionalitäten zur Verfügung stellen.
- Neben der Modernisierung des Serviceportals werden zahlreiche weitere Projekte beim Senator für Finanzen umgesetzt, die die notwendige technische Infrastruktur für den digitalen Bürger:innenservice bereitstellen.
- Die Fachressorts müssen ihrerseits auf dieser Grundlage ihre bestehenden digitalen Services an diese technische Infrastruktur anschließen, bzw. anpassen und fehlende Services digital zur Verfügung stellen.

2.) Terminvergabe in der Dienststelle Bürgeramt

Bürger:innen sollen bei Bedarf innerhalb von 14 - 31 Tagen einen Termin im Bürgeramt wahrnehmen können. Dazu setzt das Innenressort gemeinsam mit dem Bürgeramt ein Maßnahmenpaket um. Der aktuelle Umsetzungsstand dieses Maßnahmenpakets wird vom Senator für Inneres und Sport in jeder Sitzung der Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung vorgestellt .

3.) KI-Strategie für die Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Finanzen wird in Zusammenarbeit mit den Fachressorts und der Universität Bremen eine KI-Strategie für die öffentliche Verwaltung der FHB erarbeiten. Dieses Vorhaben wird in der Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung laufend beraten.

4.) Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung

Zur Steuerung der zahlreichen Maßnahmen ist eine Steuerungs- und Berichtsstruktur bei der Senatskanzlei aufgebaut. Zusätzlich wird die Senatskanzlei in die Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung berichten, um insbesondere Schnittstellen zu Schwerpunktsetzungen der Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zu identifizieren und zu beraten.

5.) Weitere Projekte

Im fortlaufenden Arbeitsprozess können durch die Mitglieder der Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung weitere Schwerpunktprojekte oder -programme identifiziert werden.

Die Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung versteht sich in erster Linie zur Beratung und Abstimmung der gemeinsam identifizierten ressortübergreifend bedeutsamen Schwerpunktprojekte und -programme. Ob darüber hinaus eine gemeinschaftliche Steuerung der Vorhaben über ein Lenkungsgruppen-Portfolio möglich ist, muss im weiteren Arbeitsverlauf geklärt werden.

Die Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung schlägt vor, dem Senat bis zum 30.09.2025 einen weiteren Zwischenbericht zu den Arbeitsfortschritten der Lenkungsgruppe vorzulegen.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Der Bericht der Lenkungsgruppe hat keine unmittelbaren finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Projekt werden vom Senator für Finanzen, der Senatskanzlei und den Fachressorts entsandt, so dass keine zusätzlichen Personalkosten entstehen.

Genderbezogene Auswirkungen sind bisher nicht ersichtlich. Die Auswahl der Schwerpunktaspekte betrifft alle Geschlechter gleichermaßen.

Die Schwerpunktsetzung hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Inwieweit die einzelnen Maßnahmen positive oder negative Auswirkungen entfalten, ist im Einzelfall in Umsetzungsvorlagen zu bewerten.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung ist mit dem Senator für Inneres und Sport, der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, der Senatorin für Justiz und Verfassung, der Senatorin für Kinder und Bildung sowie dem Magistrat Bremerhaven erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit und zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschluss

- 1.) Der Senat nimmt den Bericht der Lenkungsgruppe zur Kenntnis.
- 2.) Der Senat bittet die Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung, ihn bis zum 30.09.2025 über die weiteren Arbeitsfortschritte zu unterrichten.